

Antrag	Vorlage-Nr: Öffentlichkeitsstatus:	VO/2018/3033 öffentlich		
NPOG auf basisdemokratische FüÙe stellen - Osnabrück für Bürger*innenbeteiligung zum Polizeigesetz (Antrag Fraktion DIE LINKE.)				
Beratungsfolge:				
Gremium	Datum	Sitzungs- art	Zuständigkeit	TOP- Nr.
Verwaltungsausschuss	30.10.2018	N	Vorberatung	
Rat der Stadt Osnabrück	30.10.2018	Ö	Entscheidung	

Beschluss:

Der Rat der Stadt Osnabrück beschließt,

der Oberbürgermeister und die Osnabrücker Landtagsabgeordneten werden aufgefordert, sich gegenüber Landesregierung und Landtag dafür einzusetzen, dass über ein neues niedersächsisches Polizei- und Ordnungsbehördengesetz eine Bürger*innenbeteiligung durchzuführen ist.

Der Inhalt der Vorlage unterstützt folgende/s strategische/n Stadtziel/e:**Sachverhalt:**

Die Skepsis gegenüber des „Niedersächsische Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (NPOG)“ in der niedersächsischen Bevölkerung ist groß. Auch in der Stadt Osnabrück hat sich ein Bündnis unter dem Titel NoNPOG formiert, das den Protest gegen das geplante Gesetz sowohl auf die Osnabrücker Straßen, als auch gemeinsam mit vielen anderen Akteur*innen nach Hannover zur größten Demonstration des Jahres in Niedersachsen gebracht hat.

Eine derart breite Skepsis gegenüber einem Gesetz, sollte für die niedersächsische Landesregierung Grund genug sein, dass Gesetz in der derartigen Form nicht nur zurückzuziehen, sondern in diesem konkreten Fall eine Bürger*innenbeteiligung zu dem Gesetzesvorhaben durchzuführen.

Daher fordern wir die niedersächsische Landesregierung dazu auf, eine entsprechende Bürger*innenbeteiligung vorzubereiten und gemeinsam mit der Europawahl im kommenden Jahr durchzuführen.

Gez. Giesela Brandes-Steggewentz
(Fraktionsvorsitzende)